
Simplifizierte Theorien und Wirtschaftspolitiken gefährden die Systemtransformation

Ota Šik

Die grundlegenden Wandlungen der ehemaligen sozialistischen Planwirtschaften in Marktwirtschaften und vor allem die Übergangs-(Transformations-)Probleme waren verständlicherweise im vorhinein theoretisch ungenügend erforscht worden, da die ökonomischen Kritiker der Planwirtschaft mit einer so schnellen, revolutionären Beseitigung der kommunistischen Machtsysteme nicht gerechnet hatten. Auch ich habe in meinen theoretischen Arbeiten bis 1989 nur mit einer allmählichen Reform des sozialistischen Systems gerechnet und glaubte nicht an die Möglichkeit einer schnellen, revolutionären Beseitigung der kommunistischen politischen Systeme. Die politische Revolution und die mit ihr ermöglichte Transformation des ganzen ökonomischen Systems hat eine Menge von Problemen mit sich gebracht, die nun oft „von einem Tag zum anderen“, sehr kurzsichtig und aus rein politischen Überlegungen heraus „gelöst“ werden müssen.

Ein Versuch, doch noch der ökonomischen Transformation eine ideale, philosophische Grundlage zu geben, brachte die Theorie der sogenannten Schocktherapie hervor. Von dem amerikanischen Ökonomen J. Sachs wahrscheinlich erstmals dargestellt (1), diente diese Theorie als Begründung der in Polen von dem ehemaligen Finanzminister L. Balcerowicz eingeleiteten radikalen Stabilisierungspolitik. Ähnlich wie in Polen wurde auch in der ČSFR eine radikale Stabilisierungspolitik von dem damaligen Finanzminister der föderalen Regierung, V. Klaus, mit der Notwendigkeit eines „großen Schlages (velký třesk)“ philosophisch begründet. Auch die rein monetaristischen Kriterien, die von den Vertretern des Weltwährungsfonds für eine erfolgreiche Realisierung der

marktwirtschaftlichen Transformation aufgestellt wurden (ausgeglichener Staatshaushalt, Senkung der ausländischen Schulden, Erzielung stabiler Wechselkurse, Liberalisierung der Preise, etc.), deren Erfüllung mit der Gewährung von Krediten an die Transformationsländer verknüpft wurden, drängen die Transformationspolitiker zu einer schockartigen Stabilisierungspolitik. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß auch die Wirtschaftspolitik des vormaligen russischen Ministerpräsidenten, J. Gaidar, sich an die Vorstellungen einer Schocktherapie anlehnte und leider zu politischen Folgen führte, die diesem Artikel zugrunde liegen.

Es soll hier nicht die ökonomische Essenz der Schocktherapie bzw. der auf ihr basierenden Stabilisierungspolitik behandelt werden, zu welcher bereits breitere Diskussionen geführt und Kritiken publiziert wurden (2). Hervorheben möchte ich bestimmte Zusammenhänge, die mir heute besonders wichtig zu sein scheinen, die aber von den „Schocktheoretikern und -politikern“ ganz beiseite gelassen wurden und auch in der bisherigen Diskussion nicht genügend Beachtung gefunden haben. Es sind Zusammenhänge, die überhaupt in der ganzen neoklassischen Ökonomie außer acht gelassen werden, da sie scheinbar über das wissenschaftliche Forschungsobjekt der reinen Ökonomie hinausgehen und die neoklassisch orientierten Ökonomen nicht tangieren. Sie haben jedoch gerade für den gesamten Transformationsprozeß immense Bedeutung, und ihre Erfassung ist zur Zeit, besonders im Hinblick auf die bedrohliche russische Entwicklung, höchst aktuell. Es handelt sich um die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen sowie zwischen monetären und realen produktiven Prozessen. Wie diese Zusammenhänge, wird auch der Unterschied und Zusammenhang zwischen unmittelbaren und langfristigen Interessen der Bevölkerungsmehrheiten von den Transformationspolitikern übersehen.

Wesentliche Änderungen von Wirtschaftsprozessen rufen immer Änderungen in der sozialen Situation breiter Bevölkerungsschichten hervor. Diese können positiver oder negativer Natur sein. Der Wohlstand kann also zu- oder abnehmen. Je nachdem wird sich die Einstellung der Menschen, meist aufgrund ihrer unmittelbaren Interessen, zu den verantwortlichen Politikern entwickeln. Da die wirtschaftliche Lage immer von der Wirtschaftspolitik der Regierungen beeinflusst wird, führt wachsende oder sinkende Zufriedenheit der Menschen in diesem oder jenem Grad zu einer Stärkung oder Schwächung der herrschenden Politiker. Unter demokratischen Bedingungen hat stark wachsende Unzufriedenheit von Bevölkerungsmehrheiten die Auswechslung der Regierung zur Folge, auch sehr oft in Fällen, in welchen deren Politik den langfristigen Interessen der Bevölkerungsmehrheiten entspricht. Es muß angenommen werden, daß Politiker nicht nur wegen Machtinteressen in Regierungspositionen kommen bzw. diese beibehalten wollen, sondern auch, um aus diesen Positionen heraus die Wirtschaftsentwicklung (neben vielen anderen Sphären) zur wachsenden Zufriedenheit einer Mehrheit der Bevölkerung zu beeinflussen. All diese Wechselwirkungen von wirt-

schaftlichen und politischen Entwicklungen müssen bei den Systemtransformationen in besonderem Maße beachtet werden.

Es sind in erster Linie die Regierungen, welche im Zuge der Systemtransformation Änderungen der Wirtschaftsinstitutionen, -abläufe und -mechanismen durchzuführen haben; dadurch wird die soziale Situation massiv beeinflußt. Allgemein kann gesagt werden, daß es zunächst zu einer Senkung des Wohlstands breiter Bevölkerungsschichten kommen muß, wobei Ausmaß und Tempo dieser Reduktion und damit der Verlauf des Anschwellens der Unzufriedenheit sehr unterschiedlich sein können. Ohne Zweifel entspricht die möglichst rasche Einführung des Marktmechanismus den langfristigen Interessen der Bevölkerung. Nur wenn dieser Mechanismus funktioniert, werden der nötige Konkurrenzdruck sowie ein Marktinteresse der Unternehmensleitungen (in den privatisierten Unternehmen) entstehen. Fast alle Ökonomen sind sich darüber einig, daß die volle Ersetzung der zentralen Planung durch den Markt entscheidende Voraussetzung für die langfristige Entwicklung einer effizienten und flexibel bedarfsgerichteten Produktion ist.

Weniger einig ist man sich über die Zeitspanne, in welcher die Modernisierungen und Umstrukturierungen erreicht werden können. Diese Zeitproblematik wird von neoliberalen Ökonomen meist außer acht gelassen. Sie übersehen, daß sogar bei entstehendem Interesse der Unternehmen an Markterfolgen und an der Konkurrenzfähigkeit die Zeit, welche diese für grundlegende Produktionsänderungen brauchen, ungewein lang ist. Zu denken ist an die Zeit für die Erarbeitung neuer Produktionsprojekte, für kostspielige Umbauten bzw. Sanierungen von Betrieben, für den Kauf neuer Maschinen und Ausrüstungen, für Produktinnovationen, für die Kaderausbildung und -umschulung oder für das Heranziehen marktfähiger und -erfahrener Manager.

Die Zeit, welche die einzelnen Transformationsländer benötigen werden, um in der Effizienz ihrer Produktion und in der Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte an marktwirtschaftliche, hochentwickelte Länder heranzukommen, wird viel länger sein, als die verantwortlichen Transformationspolitiker bisher angenommen haben und als es die betroffenen Völker in ihrer Mehrheit erwarten. Bei den Völkern geweckte Vorstellungen, daß sie nach ein paar Jahren der Transformation (oft auch als Reform bezeichnet) so leben werden wie die Menschen in den westlichen Industrieländern, können im Grunde in keinem der Länder erfüllt werden und verwandeln sich daher in zunehmende Enttäuschung. Sowohl langfristig sinkende Realeinkommen bei breiten Bevölkerungsschichten als auch – und besonders – stark anwachsende Arbeitslosigkeit rufen wachsende Unzufriedenheit hervor. Letztere ist besonders gefährlich in all den zuvor sozialistischen Ländern, wo so etwas wie unverschuldete Arbeitslosigkeit jahrzehntelang nicht existierte (auch wenn dies mit wachsender – aber von den Volksmassen nicht erkannter – Ineffizienz der Wirtschaft kompensiert wurde).

Es ist allgemein bekannt, daß eine wachsende Arbeitslosigkeit auch in westlichen Ländern ein schwerwiegendes soziales Phänomen ist, wel-

ches *sehr schnell* politischen Mißmut bei breiten Bevölkerungsschichten hervorruft, oft zu Regierungswechseln beigetragen hat und von den Politikern nicht ignoriert werden kann. In Ländern mit jahrelang niedriger Arbeitslosigkeit von 1 bis 2 Prozent, wie z. B. in der Schweiz, Japan u. ä., ruft schon ein Anwachsen der Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an der erwerbstätigen Bevölkerung) auf 4–5 Prozent starke Befürchtungen und negative politische Reaktionen hervor. Wenn die Arbeitslosenquote auf 8–10 Prozent ansteigt, ist dies in allen Ländern ein warnendes Signal für die Politiker, angestrengt nach Auswegen aus dieser Situation zu suchen – natürlich meist differenziert, gemäß unterschiedlicher Parteizugehörigkeit. Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit gar auf 12–15 Prozent, wie es heute in vielen Transformationsländern der Fall ist, würde in westlichen Demokratien keine Regierung lange überleben lassen. Allzu viele östliche Transformationspolitiker jedoch, unter dem Einfluß simplifizierter monetaristischer Theorien oder auch rein monetaristisch orientierter westlicher Berater, ignorieren diese sozialen und politischen Folgen ihrer Transformationspolitik, und vor allem die lange Zeit, die erforderlich sein wird bis zu jenem Moment, ab welchem die Arbeitslosigkeit nicht mehr steigen, sondern zu sinken beginnen wird.

Es sind nicht nur die technischen und bildungsmäßigen Schwierigkeiten, verbunden mit der Schaffung neuer Produktionen, marktwirtschaftlicher Institutionen sowie fähiger Kader, deren Beseitigung eine lange Zeit erfordern wird. In noch größerem Maße ist es der Mangel an Finanzkapital, welcher es unmöglich macht, in wesentlich kürzerer Zeit alle erforderlichen Investitionen zu tätigen, die für die Restrukturierungen und Modernisierungen der Produktion benötigt werden.

Die Ersparnisse der Bevölkerung, die für Investitionen in der Produktion verwendet werden könnten, sind ungenügend. Man schätzt, daß sie im gesamten ehemaligen Ostblock nur 10–15 Prozent des Produktivvermögens ausmachen. Auch der erwünschte Zufluß ausländischen Kapitals kann den Bedarf an Investitionskapital für den erforderlichen Strukturwandel der Produktion bei weitem nicht decken. So wurde z. B. von der tschechoslowakischen föderalen Agentur für ausländische Investitionen errechnet, daß man in den nächsten zehn Jahren – nach Abzug der heimischen Ressourcen – ungefähr ausländische Direktinvestitionen im Ausmaß von 25 Mrd. \$ benötigen würde, sollen die erforderlichen Strukturänderungen und Modernisierungen realisiert werden. Im Jahre 1991 wurden zwar 8600 Joint-ventures angemeldet und registriert, aber der gesamte Umfang ausländischer Investitionen, die in diesem Jahr ins Land kamen, machte nur rund 600 Mio. \$ aus (3).

Ein Vergleich der Produktionsstruktur der damaligen ČSSR mit jener der alten Bundesrepublik Deutschland zeigte einen so hohen Verbrauch von Produktionsgütern an der gesamten Produktion der ČSSR, daß der Anteil der Produktion von Produktionsgütern (Investitionsgütern, Rohstoffen, Halbfabrikaten etc.) an der gesamten Jahresproduktion (Bruttowert der Produktion) ungemein groß sein mußte, und zwar auf Kosten der Herstellung von Konsumgütern. Der Anteil der Konsumgüter am

Bruttowert der Produktion war 1987 in der ČSSR um ungefähr 35 Prozent niedriger als in der damaligen BRD, obwohl die Tschechoslowakei vor dem Zweiten Weltkrieg eine ähnliche Gesamtproduktivität und Produktionsstruktur wie Deutschland aufgewiesen hatte. Soll die Grundstruktur wieder der deutschen angenähert werden, verlangte dies eine außerordentliche Modernisierung, Materialeinsparung und Effizienzsteigerung in der tschechoslowakischen Wirtschaft, damit die Konsumgüterherstellung wesentlich schneller als die Produktionsgüterherstellung wachsen könnte. Würde die Konsumgüterproduktion jährlich um 3 Prozent zunehmen und die Produktionsgütererzeugung nur um 1,2 Prozent, dauerte es rund 30 Jahre, bis der Konsumgüteranteil am Bruttowert der Produktion jenen der Vorkriegs-Tschechoslowakei bzw. der ehemaligen BRD erreichen würde (4).

Natürlich ist es vorstellbar, daß dank privater Unternehmerinitiative ein schnelleres Wachstum der gesamten Produktion und auch schneller wachsende Einsparungen im produktiven Verbrauch erreicht werden können. Aber besonders im Bereich der großen Betriebe, auch nach ihrer Privatisierung, wird man angesichts des erwähnten Mangels an Geldkapital – kaum mit wesentlich kürzeren Zeiträumen für einen grundlegenden Wandel im technischen Fortschritt und in der Effizienzentwicklung rechnen dürfen. Dabei könnten in der Tschechischen Republik mit ihrer industriellen Tradition die Änderungen schneller ablaufen als in den meisten anderen Transformationsländern, in denen Wirtschaftlichkeit und Produktionsstrukturen noch stärker von westlichen Verhältnissen abweichen. Die Zurückgebliebenheit der ehemaligen sozialistischen Staaten äußert sich auch in der geringen Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte auf westlichen Märkten. Sie können ihre Güter dort überhaupt nur absetzen, wenn sie ihre Währungen stark abwerten. Je stärker sie jedoch abwerten, um ein Gleichgewicht zwischen Devisenzufluß und Devisenabfluß erreichen und die innere Konvertibilität aufrechterhalten zu können, um so teurer werden die Importe. Diese Bremsung des Imports stellt mit Blick auf den Erwerb der dringend benötigten modernen Technik eine Belastung dar.

Selbstverständlich müssen die Modernisierungen auch zu einer kapitalintensiveren Produktion und zu Arbeitseinsparungen führen; sie sind daher mit einem starken Wachstum der Beschäftigungslosigkeit verbunden. Schrumpfende Absatzmärkte im Inland und Ausland verschärfen diese Tendenz zusätzlich. In fast allen Transformationsländern sinken außerdem die Realeinkommen deutlich, wenn auch mit unterschiedlichen Raten. In manchen Ländern übersteigt die Inflationsrate die Zuwachsraten der Nominaleinkommen (z. B. in allen GUS-Staaten), während in anderen Ländern immerhin die Inflation durch eine restriktive Geld- und Finanzpolitik weitgehend gebremst wurde (z. B. Ungarn, ČSFR, Polen). Dennoch sind sogar in der ČSFR die durchschnittlichen Reallöhne seit Anfang 1990 um ungefähr 29 Prozent gesunken.

So wie eine restriktive Geld- und Finanzpolitik grundsätzlich nötig ist, um die Inflation zu bremsen und einen starken Marktdruck auf die

Unternehmen zu bewirken, so wird eine Überdosierung dieser Politik ein schnelles Absinken der Produktion, ein rasches Wachstum der Arbeitslosigkeit und Realeinkommenseinbußen bewirken. Diese negativen sozialen Entwicklungen führen dann zu politischer Unzufriedenheit und zur Schwächung der betreffenden Regierungen – bis hin zu deren Sturz. Augenscheinliche Beispiele stellen die ersten beiden demokratischen Regierungen in Polen (Masowiecki und Bielecki) dar, die sich auf die schockartige Wirtschaftspolitik ihres Finanzministers Balcerowicz stützten und beide gestürzt wurden. Natürlich war dies unmittelbar das Ergebnis besonderer politischer Entwicklungen und Konstellationen, aber entscheidend wirkte im Hintergrund die soziale Unzufriedenheit, die im Zuge der Stabilisierungs- und Liberalisierungspolitik entstand (ungeheim stark anwachsende Arbeitslosigkeit, Senkungen der realen Einkommen, u. a.). Dies führte schließlich zur Spaltung der Solidarnosz, zu anwachsenden Streikbewegungen, zunehmender Kritik an der Wirtschaftspolitik von Balcerowicz, zu differenzierten Reaktionen in der politischen Szene und im Endeffekt zum Regierungswechsel.

Selbstverständlich gilt dieser wechselseitige Zusammenhang zwischen politischem Charakter der Regierung, ihrer Wirtschaftspolitik, der folgenden ökonomischen und sozialen Entwicklung, der daraus hervorgehenden politischen Situation, mit eventuell neuer Regierung, ihrer geänderten Wirtschaftspolitik (und so fortfahrend), für alle demokratischen Staaten. Aber noch mehr gilt dies für demokratische Transformationsländer. In diesen besteht dann zusätzlich die große Gefahr, daß eine zu stark anschwellende soziale Unzufriedenheit von alten kommunistischen Funktionären, die sich heute nationalistisch und populistisch geben, mißbraucht wird, um marktwirtschaftliche Transformationen völlig abzubremesen.

In Ländern, in denen die Transformationspolitiker einen genügend starken Rückhalt beim Volk gewonnen haben, sei es durch ihre Fähigkeit, breite Schichten von der Notwendigkeit des Systemwandels und der zu ertragenden Bürden zu überzeugen, sei es aufgrund günstigerer Ausgangspositionen, werden Entbehrungen und Wohlstandseinbußen leichter akzeptiert, sodaß ein schnelleres Tempo durchgehalten werden kann. Dies gilt z. B. für die Tschechische Republik. Allerdings hat die Politik von Vaclav Klaus – in Böhmen und Mähren noch tragbar – in der Slowakei die Grenze der politischen Akzeptanz überschritten, vor allem wegen des dort wesentlich rascheren Anstiegs der Arbeitslosigkeit. Dies hat die ohnehin vorhandenen antitschechischen und antiföderalen Resentiments verstärkt und der nationalistischen und populistischen Politik Meciar's größeren Zulauf gebracht.

Ungarn gilt als das Land, in dem eine behutsame Transformationspolitik betrieben wird. Auch hier sind die üblichen negativen Folgen – sinkende Produktion, steigende Arbeitslosigkeit und ähnliches – ersichtlich. Sie traten jedoch nicht schockartig auf. Beispielsweise wuchs die Arbeitslosigkeit 1990 um 1–2 Prozent und 1991 um 4–5 Prozent: die Arbeitslosenquote erreichte Ende 1991 rund 8 Prozent und im Juni 1992

rund 10 Prozent. Die Belastungen der Bevölkerung sind auf diese Weise zwar nicht klein, aber immerhin noch tragbar; relative politische Stabilität ist die Folge. Die Regierung unter Ministerpräsident Antall hält sich seit März 1990.

Das Wachstum der Arbeitslosigkeit und die sinkenden Realeinkommen sind die größten Gefährdungen des Transformationsprozesses und können deshalb von den Transformationspolitikern nicht mit vereinfachten neoklassischen, ökonomischen Theorien abgetan werden. Wenn sich heute Verfechter der Schocktherapie darauf verlassen, daß vielleicht schon im nächsten Jahr ein Wachstum der Produktion eintreten und damit auch die Beschäftigung wieder zunehmen wird, dann unterliegen sie der altbekannten, aber von der Realität sehr entfernten neoklassischen Illusion. Sie ignorieren völlig die Tatsache, daß mit der erst bevorstehenden, ausgedehnten Privatisierung weitgehende arbeitssparende Rationalisierungen und kapitalintensivere Produktionsentwicklungen zu erwarten sind, mit welchen die Arbeitslosigkeit noch zunehmen muß. Sogar in westlichen Ländern mit hochentwickelten Marktwirtschaften, und auch bei wachsender Produktion, hat sich eine breite Arbeitslosigkeit langfristig gehalten (Großbritannien, Deutschland, USA, usw.) und sind die monetaristischen Erwartungen enttäuscht worden (5). Um so schwerer ist dieses Problem in den Transformationsländern zu lösen, und um so weniger kann man sich hier nur auf die Marktentwicklung verlassen.

Sogar in den ehemaligen DDR-Ländern, wo die Kapitalsituation wesentlich günstiger für die Transformation als in den anderen osteuropäischen Ländern ist, muß die Kohl-Regierung staatliche Eingriffe zugunsten von Sanierungen und Strukturänderungen in den neuen Ländern realisieren, will sie durch den massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht politisch alles verlieren. In den GUS-Staaten haben die schnell wachsende Arbeitslosigkeit und die stark sinkenden realen Einkommen akute Bedrohungen des Transformationsprozesses mit sich gebracht.

Meiner Ansicht nach sollte eine Transformationsregierung (d. h. Politiker, die tatsächlich eine Marktwirtschaft realisieren wollen) immer ein Programm ausarbeiten, welches die Beschleunigung der entscheidenden Strukturwandlungen in der Produktion, aber gleichzeitig die Minimierung sozialer Härten, vor allem der Arbeitslosigkeit, anvisiert. Dies kann in Ländern mit 40- bis 70jähriger planwirtschaftlicher Strukturverzerrung nicht einfach nur durch die Einführung von Marktinstitutionen erwartet werden. Die lange Zeit riesig anwachsender sozialer Härten, die mit dem reinen Marktmechanismus verbunden sind, könnte keine Transformationsregierung überdauern.

In den Transformationsprogrammen sollten in erster Linie Wege gefunden werden, mit welchen die Privatisierung der großen Staatsbetriebe schneller erreicht werden kann und diese nicht hinter der Einführung restriktiver Finanz- und Geldpolitiken hinterherhinkt. Es gibt solche Möglichkeiten, die jedoch so komplizierte Erklärungen brauchen, daß

sie nicht im Rahmen dieses Artikels behandelt werden können. Die Theoretiker und Politiker von „Schocktherapien“ haben jedoch völlig außer acht gelassen, daß Betriebe unter den Bedingungen der alten monopolistischen Organisationsstrukturen und des staatsbürokratischen Eigentums auf stark restriktive Wirtschaftspolitiken völlig anders reagieren als private, marktorientierte Unternehmen, die unter einem Konkurrenz- und Existenzdruck stehen. In allen Transformationsländern hat die restriktive Stabilisierungspolitik zu riesigen Produktionssenkungen, Preissteigerungen und gegenseitigen Verschuldungen der Staatsbetriebe geführt, ohne daß es zu Modernisierungen, Innovationen und langfristigen Strukturänderungen gekommen wäre. Die monopolistischen Staatsbetriebe konnten auf ihre Weise ruhig weiterleben (viele auch gewinnträchtig), aber die Schocktherapie hatte riesige und unnötige Produktionsverluste und soziale Härten zur Folge.

Ohne jetzt hier verschiedene Formen beschleunigter Privatisierungswege behandeln zu können, soll nur betont werden, daß dazu auch das Interesse der Mitarbeiter von Staatsbetrieben geweckt werden sollte, da deren verbreiteter Widerstand gegen die Privatisierung dieselbe in vielen Transformationsländern (besonders dort, wo starke Gewerkschaften vorhanden sind) sehr abbremst. Ein Interesse der Belegschaften großer Betriebe an deren Privatisierung – in Form von Aktiengesellschaften – kann durch eine geförderte Beteiligung der Mitarbeiter am Aktienkapital erreicht werden. Diese sollte zwar im allgemeinen einen Anteil von 20 bis 30 Prozent am Aktieneigentum nicht überschreiten, um nötige Modernisierungen und Kapitalintensivierungen nicht zu erschweren, aber gleichzeitig würde diese Kapitalbeteiligung den Widerstand gegen die Privatisierung verringern. Eine Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter kann außerdem aufgrund des Kapital- und Gewinninteresses derselben den Willen zu Effizienzsteigerungen fördern. Die ungarische Transformationsregierung verfolgt eine solche Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter in ihrem Privatisierungsprogramm schon längere Zeit, und jetzt wird dies auch von der polnischen Regierung gefördert (6).

In dem Transformationsprogramm müßte weiterhin eine investive Prioritätenfixierung enthalten sein, mit Angabe von Bereichen, in welchen der Staat mit Hilfe von Sanierungen erhaltungswürdiger Betriebe private Investitionen ankurbeln bzw. Konversionen u. ä. erleichtern könnte. Es handelt sich um keine sozialistische Planung, sondern nur um das Herausgreifen einiger Schlüsselproduktionen und Kernbereiche, in welchen auch der Staat direkt oder indirekt zur Erhaltung und Umstrukturierung der Produktionskapazitäten Hilfe leisten sollte. Außerdem gehört hierher auch die Schaffung von entscheidenden Voraussetzungen für private Investitions- und Unternehmertätigkeit (Infrastruktur, Bildungs- und Qualifizierungsinstitutionen, Wohnungsschaffungen für Umsiedlungen bei industriellen Umstrukturierungen, u. ä.). Wenn marktwirtschaftlich entwickelte Länder solche Wirtschaftsprogramme (die natürlich auch umweltgerechte Zielfixierungen enthalten) benötigen, dann brauchen das die Transformationsländer um vieles mehr.

Wenn jedoch westliche, neoklassische Ökonomen nur beständig die schnelle Schaffung marktwirtschaftlicher Institutionen und Mechanismen hervorheben, sich aber um das Ausmaß der restrukturrellen Erfordernisse in der Produktion, um die Dauer solcher Restrukturierungen und die ungefähren Erfordernisse an Human- und Finanzkapital für diese überhaupt nicht kümmern, dann helfen sie de facto nicht der Transformation, sondern nur den Gegnern einer solchen. Bestimmt hat der vorangehende Ministerpräsident in Rußland, Gaidar, eine möglichst schnelle Schaffung marktwirtschaftlicher Institutionen und Mechanismen angestrebt. Als überzeugter Monetarist hat er dabei jedoch völlig außer acht gelassen, was für schreckliche soziale Folgen eine schnelle Liberalisierung unter den Bedingungen der alten Produktions- und Eigentumsstrukturen haben muß und Welch lange Zeit es brauchen würde, bevor der Marktmechanismus in Rußland wirklich greifen könnte. Daß das Volk jedoch nicht fähig ist, so lange stillzuhalten, und daß die Gegner der Transformation (in den GUS-Staaten besonders stark) dies selbstverständlich ausnutzen werden, hat er nicht beachtet.

Ein guter Politiker kann aber nicht nur Prinzipien und langfristig wirkende Interessen des Volkes verfolgen, sondern muß (bei demokratischen Spielregeln) auch den Rückhalt vor Augen haben, den er zu jeder Zeit von Bevölkerungsmehrheiten für seine Politik bekommen kann. Bei fehlender bzw. ungenügender parteipolitischer Arbeit im Terrain (wie z. B. in Rußland) und sinkender Unterstützung vom Volk kann die Transformationspolitik nicht gemäß vereinfachter monetaristischer Theorien vorangetrieben werden.

Die westlichen, monetaristischen Ratgeber, die auch in Rußland mitwirkten, trifft eine große Schuld. Es wäre schon wirklich an der Zeit, daß diese Ökonomen endlich damit beginnen, auch solche Zusammenhänge zu betrachten, von welchen die neoklassische Theorie allzu leicht abstrahiert bzw. welche sie als nicht zur ökonomischen Theorie gehörende Bereiche aus den Modellen fernhält. Vor allem die politischen Folgen allzu schnell anwachsender Arbeitslosigkeit und stark sinkender Realeinkommen (welche keine westliche Regierung durchhalten könnte) müssen die Marktökonomien bei ihren Aufforderungen, die Unternehmen schnellstmöglich den reinen Marktkräften zu überlassen, in ihre Erwägungen miteinbeziehen.

Wenn in diesem oder jenem Transformationsland etwas ganz schief gehen sollte, d. h. die Reformgegner die Oberhand gewinnen sollten, werden diese Ökonomen ihre Hände in Unschuld waschen und die Schuld nur den reformfeindlichen Politikern zuschieben. Daß aber die Transformationspolitiker wegen völlig einseitigem Zugang zu den Problemen den Weg für die Gegner der Transformation ebneten, und daß die Monetaristen dies mit ihren Theorien mitzuverantworten haben, das werden diese ökonomischen Simplifizierer natürlich nicht anerkennen.

All dies zeigt, wie wichtig es ist, das Tempo der Transformation so zu dosieren, daß die resultierenden Entbehrungen und Wohlstandsverluste nicht zum Sturz der Transformationsregierungen oder zur Stärkung der

antireformerischen Kräfte führen. Dabei spielt der Grad der Zurückgebliebenheit der einzelnen Länder eine wichtige Rolle. Je länger die Anpassung an wirtschaftlich hochentwickelte Länder sowie die Erreichung internationaler Wettbewerbsfähigkeit dauert, um so länger werden sich die Entbehrungen hinziehen, was die Unterstützung für die Politiker zunehmend gefährden könnte. Um nicht den antitransformatorischen Kräften den Weg zu ebnen, müssen die Transformationspolitiker somit manche Schritte verlangsamen, ohne jedoch von den Änderungen abzugehen, mit welchen der Marktmechanismus zum entscheidenden Wirtschaftsanzreiz werden soll.

Man kann allgemein sagen, daß das erforderliche (und mögliche) Tempo des Transformationsprozesses aus dem Verhältnis zwischen dem Ausmaß der politischen Unterstützung der Regierung und dem Ausmaß der durchschnittlichen Wohlstandsverluste der Bevölkerung abgeleitet werden kann. Je größer die Unterstützung ist und je geringer die Wohlstandsverluste sind, desto höher kann das Tempo des Systemwandels sein. Zu hohe Wohlstandsverluste würden eine noch so deutliche Unterstützung einer Regierung mit der Zeit reduzieren; sie verlangen daher entweder ein langsames Tempo der Transformation bzw. Maßnahmen zur Abbremsung des Arbeitslosenwachstums und der Einkommensverluste (7) oder führen sonst – durch eine neue Regierung – zur faktischen Aufgabe einer echten Transformationspolitik.

Man darf den Transformationsprozeß also nicht nur ökonomisch – ohne Beachtung sozialer und politischer Entwicklungen sowie unmittelbarer Interessenreaktionen der Bevölkerungsmehrheiten – betrachten und lenken. Außerdem können die Transformationsschritte nicht nur aus einer theoretisch verengten ökonomischen – das heißt: monetaristischen – Sicht entschieden werden, ohne Beachtung der völlig unterschiedlichen technischen, strukturellen und sonstigen Bedingungen in den einzelnen Ländern. Der notwendige, möglichst schnelle Übergang zum Marktmechanismus erfordert in den verschiedenen Staaten sehr unterschiedlich dosierte Transformationsschritte. Sie müssen sich an der politischen Tragbarkeit orientieren, wenn nicht der ganze Systemwandel gefährdet werden soll.

Anmerkungen

- (1) Sachs, J., What is to be done?, in: *The Economist* (13. Jänner 1990).
- (2) Siehe vor allem die Forschungsberichte des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche: Caselli, J. T.; Pastrello, G., Poland 1990 – From Plan to Market through Crash? (August 1990); Gabrisch, H., System Transformation under severe external and internal shocks (Juni 1991); Levčik, F., The place of convertibility in the Transformation Process (Dezember 1991); Laski, K., Transition from Command to Market Economies in Central and Eastern Europe (März 1992); Bhaduri, A., Conventional Stabilisation and the East European Transition (April 1992); Dietz, R., From Command to Market Economies – an Exchange Theoretical View (July 1992); Laski, K., Der aktuelle Stand der Diskussion über die Transformationsprobleme (November 1992).

- (3) *Ekonom. Praha*. 27 (1992).
- (4) Siehe meine Berechnungen im Sammelband: Von der Plan- zur Marktwirtschaft (Tübingen 1992) 68.
- (5) Mehr dazu in: Sik, O.; Höltschi, H.; Rockstroh, Ch., *Wachstum und Krisen* (Berlin, Heidelberg, New York 1988).
- (6) Siehe: Der polnische Weg zur Sozialpartnerschaft, in: *NZZ* (16. Dezember 1992).
- (7) Siehe dazu mehr in den ausgezeichneten Arbeiten von Turek, O., *Zamyšlení nad strategií transformace*; Pick, M., *Illusionen der Belebung oder Belebung der Illusionen?*; sowie: *Jsou alternativy strategie transformace?*; alles Publikationen des Prognoseinstituts der ČSAV (Prag 1992).

